

... dieser Frage aus der Hand zu geben.

Aus dem Lager der Kreise, die den staatlichen und kommunalen Ernährungsdienst stören wollen, kommt nachstehendes uns zugegangene Communiqué:

„Die Fachgruppe für Ernährungsangelegenheiten in der Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt heute eine Sitzung, in welcher auf Grund des Referats des Kammerkonsulenten Dr. Nikolaus Szeléky eine Vorlage betreffs Einschränkung des Betriebes der hauptstädtischen Lebensmittelverkaufsstellen zur Besprechung kam. Nach einer eingehenden Beratung, an welcher Moriz Erdélyi, Wilhelm Farkas, Ludwig Herz, Ferdinand Horváth, Stefan Dlah, Hofrat Anton Széllacs, Ferdinand Zigler und Kammersekretär Martin Hoffer teilnahmen, wurde nach Annahme der Vorlage folgender Beschlusstrat gefaßt:

1. Da der hauptstädtische Lebensmittelbetrieb mit dem Zwecke begründet wurde, daß er durch sein Bestehen auf dem Plage preisregulierend und preisermäßigend wirke, und dieser Zweck bei den meisten durch den hauptstädtischen Lebensmittelbetrieb in Verkehr gebrachten Artikeln nicht erreicht werden konnte, da diese an das Kartensystem gebunden sind und der Preis amtlich bestimmt wurde, demnach ohne Förderung der Interessen der Konsumenten dem Handel großen Schaden verursacht, ist es notwendig, daß sämtliche maximierte und an Lebensmittelarten gebundene Ware, die infolge behördlicher Maßnahmen den hauptstädtischen Lebensmittelverkaufsstellen zugewiesen wurden, in der Zukunft schon zu dem Zwecke, daß hiedurch das Ansehen vor den Lebensmittelverkaufsbuden verändert werde, ausschließlich im Wege der Lebensmittelhändler in Verkehr gebracht werden sollen.

2. Der Umstand, daß Kartoffeln in den verfloßenen zwei Jahren ohne jedwede Ursache ausschließlich im Wege des kommunalen Gemüsebetriebes in den Verkehr gelangten, was sowohl für den Handel wie auch für die Konsumenten nur nachteilig war, macht es notwendig, daß heuer die Erdäpfelgroßhändler mit der Verteilung wenigstens jenes Quantums beauftragt werden, welches außer in den Verkaufsstellen des hauptstädtischen Gemüsebetriebes auch bei zahlreichen Geschäftleuten in den Verkehr gelangt.

3. Da die Versorgung der Bevölkerung mit Grünzeug und Gemüse im Wege des organisierten Großhandels infolge genügender Produktion nunmehr als gesichert betrachtet werden kann, ist die dem kommunalen Gemüsebetrieb erteilte Requirierungsvollmacht, die die Einkaufsmöglichkeit des Handels mit der größten Gefahr bedroht und dazu geeignet ist, den Gemüsebetrieb hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Eliminierung des Handels zu einem Monopol zu gestalten, ganz und gar überflüssig. Wir müssen deshalb nachdrücklich die Zurückziehung dieser Vollmacht verlangen bis zu dem Zeitpunkt, als die Lebensmittelhändler ihren Verbindlichkeiten bezüglich Versorgung der Bevölkerung bereits Genüge geleistet haben.“

So weit wir informiert sind, hat das Landesernährungsamt der Hauptstadt Budapest erst dann das Recht zur Requirierung von Gemüse und Obst erteilt, als der Versorgungsdienst des Syndikats der Obst-, Grünzeug-, Gemüse- und Kartoffelgroßhändler, das ist der „organisierte Großhandel“, vollständig versagte und die Budapester Märkte leer standen. Das Syndikat hat es sich nämlich zu seiner Aufgabe gesetzt, in erster Reihe den Export nach Oesterreich und Deutschland zu fördern, da er einträglich ist, weil dort über den Maximalpreisen verkauft wird. Die Beschwerden der Kartoffelgroßhändler sind auch hinfällig. Im Vorjahre wurden mit ihnen Verhandlungen betreffs Ueberlassung von Kartoffeln gepflogen, die aber zu keinem Resultat führten, weil die Großhändler erklärten, daß sie einen gewissen Teil der ihnen überlassenen Kartoffeln nicht gegen Karten verrechnen wollen. Man war bestrebt, jeder Eventualität des Schleichhandels auszuweichen und konnte daher die Wünsche der Kartoffelgroßhändler nicht befriedigen. Zum Schlusse erübrigt es sich der kommunalen Verkaufsbuden anzunehmen. Die durch das Kartensystem bewirtschafteten Artikel werden ebenso im privaten Handel wie in diesen Verkaufsbuden abgegeben. Daß das Publikum aber die kommunalen Verschleißstellen bevorzugt, bildet den schlagendsten Beweis für ihre Notwendigkeit.

Neues Fe

Ernährung und Versorgung. Stadt und Freihandel.

Kampf um den Lebensmittelverschleiß. — Eine Aktion zur Schließung der kommunalen Verkaufsbuden. — Die Kartoffelgroßhändler für den Anteil an der Erdäpfelversorgung. — Obst- und Gemüseverkehr im Wege des freien Handels. — Hinter den Kulissen dieser Bewegung.

Allerlei Versuche und Anstrengungen werden seit einiger Zeit unternommen, um den staatlichen und den daran angegliederten kommunalen Ernährungsdienst zu lockern und eine Bresche in das festgegliederte System des Versorgungswesens zu schlagen. Die nicht vorausgeahnte Dauer des Krieges haben den privaten Handel aus dem Hintergrund, wohin die Staatswirtschaft ihn gedrängt hat, zum Angriff herborgelockt. Existenzinteressen sind auf dem Spiele, die der Staat bei dieser weiten Schichte von Steuerträgern nicht unberührt lassen dürfe. Andererseits haben die Wirtschaftszentralen, so weit ihre Tätigkeit in das Gebiet der Ernährung und Versorgung übergreift, infolge ihres starren bürokratischen Systems, bei oft unsachmännischer Leitung und einer Geschäftsgebarung, die alles eher als Konsumenteninteressen vor Augen hat, das Vertrauen der Verbraucher erschwert. „Zurück zum freien Handel!“ ist das Lösungswort geworden, das von dem Handel verkündet und von den Verbrauchern nicht ungerne gehört wird, weil sie sich hiedurch eine Verbesserung der derzeit herrschenden mißlichen Approvisionierungs- und Versorgungszustände versprechen.

Es muß aber gesagt werden, daß, so sehr man auch eine Eingliederung des legitimen, lauterer und anständigen Handels in den staatlichen Versorgungsdienst wünschen kann, das Lösungswort „Freihandel!“ doch nicht so verstanden werden darf, daß nun dem Handel alles frei und erlaubt sein soll. Der Handel muß sich wie die Industrie und die gesamte Wirtschaft den Kriegsverhältnissen anpassen, in der die Anomalie zur Wirklichkeit wurde, daß das Angebot an Waren viel kleiner als die Nachfrage ist und daher der Staat bei der Verteilung der Vorräte als Mittler auftreten muß, um die Bevorzugung der kaufkräftigen reichen Klassen vor den minderbemittelten hintanzuhalten. So wie es Pflicht des States ist, dafür zu sorgen, daß der Ketten- und Schleichhandel nicht überhandnehme, so ist es Aufgabe der Kommunen, eigene Organisationen als Muster für die Versorgung der Bevölkerung aufzustellen und gewissermaßen den Ernährungsdienst vom Handel zu